

Antrag an den Landesparteitag der LINKEN NRW am 29. April 2023

Kein Bett zu viel! Wohnortnahe und bedarfsorientierte Krankenhausversorgung – ambulant und stationär - in NRW!

DIE LINKE. NRW lehnt die Krankenhauspläne der Bundes- und der Landesregierung ab! Sie fordert eine wohnortnahe und bedarfsorientierte Krankenhausversorgung. Dafür müssen ambulante und stationäre Strukturen ausgebaut und vernetzt und mehr Personal zu guten Arbeitsbedingungen eingestellt werden. Voraussetzung für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen ist die Abschaffung der Fallpauschalen und Ersetzung durch eine Selbstkostendeckelung, also die Abschaffung von Gewinnen, die Behebung des Investitionsstaus und die vollständige Übernahme der Investitionskosten durch das Land NRW. DIE LINKE. NRW wird sich an Aktionen gegen Schließungen von Krankenhäusern oder Stationen und für eine bedarfsorientierte Krankenhausplanung beteiligen.

Begründung:

Die Landesregierung will Krankenhäuser und/oder Stationen schließen und die verbleibenden sollen sich spezialisieren. Der Krankenhausplan zielt auf Bettenabbau und Klinikschließungen. 18.400 Betten also fast ein Fünftel der derzeit noch 102.800 Betten soll bis zum Jahr 2032 in NRW abgebaut werden.

Die Pläne von Gesundheitsminister Lauterbach sehen mit der angekündigten Krankenhausreform eine Zentralisierung der Krankenhäuser in noch stärkerem Ausmaß vor. Von derzeit bundesweit noch 1.730 Standorten sollen nur 500 bis 600 Häuser übrigbleiben. Nach einer Auswirkungsanalyse der Krankenhausgesellschaft NRW würden in NRW von 337 Krankenhäusern nur noch 36 ein umfassendes Versorgungsangebot machen können. Konkret würden von 137 Standorten mit Geburtshilfe nur noch 35 übrig, statt 136 Abteilungen für akute Herzinfarkte blieben nur noch 34, bei der Neurologie von 74 nur noch 33 und in der urologischen Versorgung nur noch 22 von bisher 80 Standorten.

Schon heute gibt es gerade im ländlichen Raum in NRW-Regionen, die in manchen Bereichen eine Unterversorgung aufweisen, wie das Gutachten „Krankenhauslandschaft NRW“ auch festgestellt hat. Allerdings schlägt diese Gutachten nicht vor, dass die Situation vor Ort geändert wird, sondern hält an dem Status Quo fest.

Auch wenn die Pläne der Landesregierung angesichts der Vorhaben der Bundesregierung nicht ganz so radikal erscheinen, ist auch hier ein Bettenabbau unterstützt durch 2,5 Mrd. Euro für die Umsetzung der Krankenhausplanung vorgesehen. Dies Geld wäre besser angelegt, um die Investitionslücke von 1,85 Mrd. Euro pro Jahr (lt. RWI- Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung) zu beheben.

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, ausreichend Krankenhauskapazitäten auch für Notfälle bzw. Ausnahmesituationen wie eine Pandemie oder Grippewelle zu haben. Diese Betten müssen erhalten und ausreichend finanziert werden. Das Land braucht ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, dass sich am Bedarf auch von Notlagen orientiert, statt an Profiten.